

Digitalministerkonferenz

Umlaufbeschluss 02/2025

Beschluss

Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein

OZG Evaluation

1. Die Digitalministerkonferenz beauftragt im Einvernehmen mit dem Bund (BMDS) und unter Einbeziehung des IT-Planungsrats eine Evaluierung des OZG gemäß § 11 OZG.
2. Die Digitalministerkonferenz beauftragt Bayern mit der Beauftragung einer fachunabhängigen wissenschaftlichen Einrichtung zur Evaluierung des OZG nach § 11 Nr. 1 HS 2 OZG. Die Beauftragung erfolgt für die erste Evaluierungsphase (24. Juli 2024 bis 23. Juli 2027).
3. Die Digitalministerkonferenz bittet den IT-Planungsrat zum 1. Januar 2026 die Basis zur Ermittlung der sich nach § 11 Nr. 2 OZG ergebenden Erfüllungsaufwände zu erheben. Diese ist im Rahmen der Evaluierung nach Ziffer 2 heranzuziehen, um auch die ökonomische Wirksamkeit der Umsetzung zum 1. Januar 2026 zu ermitteln.
4. Die Kosten für die erste Evaluierungsphase (24. Juli 2024 bis 23. Juli 2027) belaufen sich auf maximal 400 TEUR. Die Digitalministerkonferenz bittet den IT-Planungsrat die benötigten Ressourcen in Höhe von maximal 400 TEUR über die FITKO noch im laufenden Wirtschaftsjahr bereitzustellen.
5. Die erste Evaluierungsphase wird durch Vertreter von Bund, BY, BB, HE, HH, NW, SH und SN begleitet.

6. Die Ergebnisse der Evaluierung nach Ziffer 2 werden der Digitalministerkonferenz und dem Bund unter Einbeziehung des IT-Planungsrats in der Herbstsitzung 2027 vorgelegt. Der Evaluationsbericht wird anschließend elektronisch veröffentlicht.